

Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit den täg. Unterhaltungsbeilagen: 1.20 Mk. (Postgebühren eingeschlossen) monatlich 40 Pf. (für die Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 30 Pf.)
Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 4.50 — Erhalten! (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage)

Redaktion: Gr. Zingststraße 14, II. Tel. 3465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Zingststraße 14. Tel. 1769.
Verlagszeitung von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends

Anzeigen werden die 6 getheilte Zeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Berechnungen 20 Pf. Interesse müssen bis spätestens 1/2 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Nr. 177.

Dresden, Mittwoch den 3. August 1910.

21. Jahrg.

Feldzugspläne.

Im Lager der Gegner beginnen die Rüstungen für die nächsten Reichstagswahlen. Auch dort weiß man, daß die kommenden Kämpfe mit zu den bewegtesten und erbittertesten gehören werden, die man aus der Geschichte der Wahlen zum Reichstage kennt. Selbst die Konservativen, die sich bisher mehr und mehr auf die „bewährten Mittel“ verlassen, die aus den Verhandlungen über angefochtene konservative Mandate nur allzu bekannt geworden sind, bemühen sich jetzt um den Ausbau ihrer Agitation und Organisation. In den „Mitteilungen aus der konservativen Partei“ wird den konservativen Agitatoren auseinandergesetzt, wie sie arbeiten sollen, um konservative Erfolge zu sichern. In den Kreisen, die jetzt konservativ vertreten sind, sollen sich die Agitatoren dem bestehenden konservativen Abgeordneten persönlich vorstellen und sich nach den Verhältnissen des Wahlkreises „und den besonderen Wünschen und Ratsschlüssen des Abgeordneten“ erkundigen. Eine Liste der besonders zuverlässigen Konservativen soll zusammengestellt werden; die besonderen Wünsche der Wähler sind sorgfältig zu erkunden. Danach sollen sich die Agitatoren ihr Vortragsmaterial zusammenstellen. Ganz besonders soll beachtet werden, ob sich der Abgeordnete um bestimmte gesetzgeberische Maßnahmen (Reichsfinanzreform?) besondere Verdienste erworben hat. Weiter heißt es in den Mitteilungen:

Der Beauftragte wird sich ferner durch den konservativen Abgeordneten oder auf andere Weise zu unterrichten suchen über die Wahlverhältnisse auch des ganzen Landes, in dem der Wahlkreis gelegen ist, so über die Verteilung der Bevölkerung auf die Städte und auf das Land, über die hauptsächlichsten Erwerbsarten der Bevölkerung, über die hauptsächlichsten gewerblichen und landwirtschaftlichen Erzeugnisse, über die Abhängigkeiten und Verkehrsverhältnisse (Eisenbahnen, Anschläge an Staatsbahnen, Haltepunkte der Bahnen) und etwaige hierfür in Frage kommende Bestimmungen, über die Geschichte des Landes und der Städte, über die Namen und Verdienste hervorragender lebender oder verstorbener Männer, die in der Gegend leben oder gelebt haben, selbst wenn sie vom rein politischen Standpunkt aus kein besonderes Interesse beanspruchen können. Schließlich ist es nötig, sich zu unterrichten über die im Wahlkreise erscheinende Presse, wo, wie oft und an welchen Tagen die im Wahlkreise befindlichen Zeitungen erscheinen, und vor allen Dingen, welche politische Richtung sie vertreten.

Für alle diese Arbeiten wird natürlich der Reichsverband Helferleistungen zu leisten haben, auch willig und gern leisten. Nach jenen Mitteilungen kann man ohne weiteres ein Bild der konservativen Agitationsarbeit konstruieren: man wird dort nach Möglichkeit den Versuch machen, den Blick von den großen politischen Fragen abzulenken, um mit umso größerem Nachdruck lokale Fragen und lokale Interessen in den Vordergrund zu drängen. Man wird weniger die konservative Politik als den konservativen Kandidaten und seine Persönlichkeit als Vorkämpfer für politische Zwecke wählen anzuzeigen.

Diese Absicht wird allerdings nicht ohne gewisse Schwierigkeiten durchzuführen sein, erstreckt dann nicht, wenn es den Mitteilungen mit dem Vorschlag erweist ist, für die Wahlveranstaltungen freie Aussprache in vollem Umfange zu gewähren. Es heißt dort:

„Es passiert es, daß ein Gegner Jahre und Jahrzehnte in einem Orte als eine große politische Leuchte nur deshalb gilt, weil ihm niemals jemand in der Öffentlichkeit in politischer Rede entgegengetreten ist. Wird mit ihm dann während der Diskussion im Wahlen gefolgt, so kommt die Versammlung in den meisten Fällen zu der Überzeugung, daß dem konservativen Referenten angehörend eines solchen Gegners auch in bange geworden sei, und dann nützt dem Referenten auch die beste Entgegnung nichts mehr.“

Vorläufig darf man noch daran zweifeln, daß in konservativen Versammlungen Gegnern ohne Unterschied der Parteilichung volle Redefreiheit eingeräumt wird. Wenn sich Sozialdemokraten zum Worte melden, wird die konservative Bereitwilligkeit „zu freier Aussprache in vollem Umfange“ in gewisse Bewusstseinsbedrangnisse geraten. Man wird das gleiche Schauspiel erleben, das uns so oft auch von anderen bürgerlichen Parteien bereitet wird und das durch erbärmliche Dummheit und Angst veranlaßt wird: daß gleich in den Einleitungen zu den Versammlungen zum Ausdruck gebracht wird, man werde gegen Sozialdemokraten rücksichtslos „vom Hause“ Gebrauch machen.

Auch die organisatorische Tätigkeit der Konservativen macht Fortschritte. In Pommern, das sie als besonders „bedrohlich“ ansehen, sind drei Bezirke mit je einem konservativen Sekretariat gebildet worden.

Für die Sozialdemokratie ist ein Hinweis auf eine solche eifrige Arbeit der Gegner nicht gerade dringlich; sie hat nicht die Geflorenheit, sich jahrelang auf Ohr zu legen, um erst kurz vor der Schlacht mit größerem Eifer zu rufen. Unsere demernde Agitations- und Organisationsarbeit erhält die Massen unserer Genossen jederzeit Kampf- und Schlachtfähigkeit.

Um so wichtiger ist der Versuch der Deutschen Tageszeitung, sozialdemokratische Erfolge aus der allgemeinen „Verärgerung“ bürgerlicher Kreise zu erklären, die „durch die Wahl des Sozialdemokraten nicht etwa Zugehörigkeit zu dieser Partei bedingt, sondern nur dem Groß, Unmut und Ärger in möglichst deutlicher Weise Luft machen“. Das Blatt der Roten und Opferwilligen scheint zu der konservativen Werbe-

arbeit kein allzu großes Vertrauen zu haben, und deshalb schimpft und wütet es aus Anlaß des sozialdemokratischen Sieges in Garmisch-Ludwigslust über „politische Unreife“. Es beschimpft die Wähler, die am Sonnabend ihren Stimmzettel für unseren Genossen in die Urne legten, als „finstlich und knabenhaft“ und meint: „Nur unreife Leute lassen sich in eine Stimmung hineinbeugen, die zu unsinnigen Taten treibt.“ Also nur in jenen dunklen Winkeln, in denen agrarischer und konservativer Terrorismus die politische Unausgeklärten zur Stimmabgabe für den Konservativen zwingt, gibt es „reife Leute“! Natürlich wird sich die Deutsche Tageszeitung auch mit Entrüstung gegen die Deutung wenden, daß es unter dem Zeichen des allgemeinen Wiederaufbaues 1907 allerdings gelang, große Teile der Wählerschaft in eine Stimmung hinein zu beugen, die zu unsinnigen Taten trieb. Allerdings ist die Kaufstimmung längst verfliegen und bittere Ernüchterung ist eingetreten, die durch keine konservative Anstrengung wieder ausgelöscht werden kann. Die Taten des Wiederaufbaues und die Frevel der Schnapshändler haben Tausende und Aber-tausende aus ihrer Selbsttäuschung und Selbstverblendung ausgerüttelt. Nicht „finstlich und knabenhaft“ ist es, der sie veranlaßt, sozialdemokratisch zu stimmen, sondern klare und bewußte Einsicht, daß nur von der Sozialdemokratie Rettung aus heilloser Not zu erwarten ist. Wer sozialdemokratisch stimmt, weiß, was er tut. Wir sind es nicht gewohnt, aus unserm Willen und Streben ein Geheimnis zu machen; unser Werbe- und Aufklärungsarbeit läßt keinen darüber im Zweifel. Und gerade darum strömen uns die Massen zu, weil sie wissen, daß wir ihnen ohne Trug und ohne Falz entgegenzutreten. Es ist deshalb nur ein elender und infamer Schluß, wenn die Deutsche Tageszeitung zu dem Schlusse kommt, „die Menge sei noch nicht reif für das gleiche und allgemeine Wahlrecht“!

Da das Dörflein weiß, daß trotz der agrarisch-konservativen Feindschaft gegen das Reichstagswahlrecht ein so offenes Bekenntnis zur Wahlrechtsfeindschaft, „konservative Aufklärungsarbeit“ nicht gerade erleichtert, will sie ausbrechlich hervorbrechen, „mit künftigen Wählermassen von vornherein zu begegnen“, „daß wir damit nicht etwa für die Abschaffung des Reichstagswahlrechts eintreten möchten. Wir haben diese Ausführungen nur gemacht, um dadurch die zwingende Notwendigkeit fortgesetzter Aufklärung der Wähler zu beweisen. Nur durch solche Aufklärungsarbeit kann nach und nach die Menge zur politischen Reife erzogen werden.“

Nun, die Konservativen wollen damit ja jetzt ihr Ziel und Glück probieren. Selbst die „die Namen und Verdienste hervorragender lebender oder verstorbenen Männer“ sollen zur Rettung der Konservativen und zur Erziehung zu politischer Reife helfen. Die Konservativen und ihre Helfershelfer können sich beruhigen: jene Aufklärungsarbeit wird schon hinreichend durch die Taten der versippten Schwarzblauen besorgt. Gerade die sozialdemokratischen Erfolge sind der sicherste Beweis, daß die politische Reife und Einsicht der Massen im Wachsen begriffen sind. Und an uns wird es nicht fehlen, diese Reife und Einsicht so zu fördern und zu stärken, daß es den Feindern angst und bange werden soll!

Aber die Konservativen und ihre Bundesgenossen sind wie mit Blindheit geschlagen, mit einer Blindheit, die ihren Ursprung in frechem Hebermut und bössartiger Feindschaft gegen die aufstrebenden Schichten der arbeitenden Masse hat. Selbst die Nationalliberale Korrespondenz scheint lichte Augenblicke tieferer Einsicht zu haben, wenn sie schreibt:

„So wird denn von Wahl zu Wahl, wenn ein sozialdemokratischer Sieg sich an den andern reiht, immer wieder und immer erneuert es ausgesprochen sein, daß die konservative Politik mit ihrem Verhalten bei der Reichsfinanzreform Konsequenzen heraufbeschworen hat, für die sie vor der Geschichte die Verantwortung zu übernehmen hat. Eine Verantwortung, an der sie Golt und Romardie gegenüber einmal schwer zu tragen haben wird, und von der auch die Regierung und die in ihr leitenden Männer nicht ihren Anteil werden ablehnen können.“

Aber solche lichte Augenblicke kommen den Nationalliberalen nur selten. Anstatt nun die Konsequenzen zu ziehen, die keinem Nationalliberalen fremd sein können, veröffentlicht die nationalliberale Rheinisch-Westfälische Zeitung wieder einmal — an leitender Stelle — einen Artikel, in dem den Nationalliberalen dringlichst der Anschluß an jene gefährliche Politik empfohlen wird, deren verhängnisvolle Tragweite von der Nationalliberalen Korrespondenz so bitter betont wird. Er heißt in jenem Artikel offen und unabweislich:

„Es liegt im Staatsinteresse wie auch im Interesse der nationalliberalen Partei, wenn die bei dem laufenden Kampfe um die Reichsfinanzreform ausgegrabenem Streitigkeits endlich wieder die wohlverdiente Ruhe lände und zwischen Nationalliberalen und Konservativen eine Fühlungnahme stattfinde, die zu einer Verständigung führen könnte. Die konservative Partei würde sicherlich hierzu gerne ihre Hand bieten.“

In dem Artikel wird dann weiter ausgeführt, es sei ein Irrtum, wenn angenommen werde, daß bei den künftigen Reichstagswahlen die Konservativen — große Enttäuschungen erleiden würden. Auch daraus müsse der Schluß gezogen werden, daß eine zielbewußte Rechtspolitik der nationalliberalen Partei nur zum Vorteil gereichen könne.

Die Konservativen, die für ihre Agitatoren jenen Feldzugsplan für die Wahlarbeit ausarbeiten, dürfen sich also

der treuen Hilfe und der liebevollen Geneigtheit zur Unterstützung sicher wissen.

Für die Massen der Wähler ist das eine neue Ermahnung zu kräftiger Abwehr gegen konservative Eroberungsgeister und eine ernstliche Aufforderung zum Vertrauen gegen Nationalliberale jeder Färbung und Schattierung.

Ob sich Schwarze und Blaue zu Freveln an den Massen des Volkes verkippen, oder ob sich Konservative und Nationalliberale zur Stärkung bössartiger Reaktion verbinden! Immer sind es die Massen, die die Unkosten solcher Verbindungen zu bezahlen haben.

Aber sie haben es in ihrer Hand, das Unheil von sich abzumenden und den Reaktionskräften eine solche Niederlage zu bereiten, daß ihnen die Gistähne ausgebrochen und die Lagen gründlich beschnitten werden.

Der Hansabund gegen den agrarischen Terror.

Der Hansabund und die liberale Agitation auf dem Lande haben neuerdings — wie die Sozialdemokratie seit jeher — unter der brutalen Verfolgungsjagd der im Bunde der Landwirte organisierten Gutsbesitzer und ihres beamteten Anhangs schwer zu leiden. Erst neulich ereignete sich der Fall, daß der kaufmännische Verein eines pommerischen Landstädtchens durch die Drohung des Bundes der Landwirte gezwungen wurde, seinen bereits erklärten Beitritt zum Hansabund wieder rückgängig zu machen. Infolge dieses Falles und ähnlicher Vorkommnisse hat der Hansabund einen geharnischten Rufus „gegen das staatsgefährliche und terroristische Treiben des Bundes der Landwirte“ erlassen, der durch seine Vorkotterklärungen „in frieboler und verantwortungsloser Weise“ den sozialen Frieden veräut.

Der Hansabund rät seinen Mitgliedern, auf dem Wege des Zivilprozesses, unter Berufung auf § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, gegen die „Zwang- und Gewaltpolitik“ des Bundes der Landwirte vorzugehen und regt überdies eine Kenderung des Strafrechts an, die gegen das Treiben der Agrarterroristen Schutz gewähren soll. Wir fürchten, daß mit Zivilgerichten und Strafgesetzen gegen diesen wirklichen Terror der ostelbischen Nachthaber nichts auszurichten sein wird, sondern daß dabei höchstens Zwangsmassregeln gegen — Arbeiter herauskommen würden, die für staatsbürgerliche Freiheit und bessere Lohnbedingungen kämpfen.

Die Deutsche Tageszeitung, das Organ des Bundes der Landwirte, liefert in seiner Antwort auf die Forderung des Hansabundes ein bisher vielleicht unerreichtes Muster publizistischer Deuschel und Schamlosigkeit. Das Blatt des Herrn Dörflein bringt es fertig, in einem Atem zu leugnen und zugleich zum härtesten Boykott weiterzugehen. Nachdem es scheinheilig versichert hat, der Boykott sei „grundsätzlich“ zu verurteilen — was sind für Herrn Dörflein „Grundsätze“? —, fährt es nämlich sogleich fort:

„Andererseits kann man es keinem Landwirt verdenken, wenn er die Geschäftsleute unterstützt, die für seine Interessen ein gewisses Verständnis haben und wenn er auf der andern Seite die Geschäftsleute meidet, die ihn von oben herab ansehen oder politisch bekämpfen. Niemand kann es insbesondere einem Mitgliede des Bundes der Landwirte verdenken, wenn er mit Mitgliedern des Hansabundes nichts zu tun haben will, des Hansabundes, der ja bekannter und zugänglicher gemacht worden ist, um den Bund der Landwirte zu bekämpfen.“

Was hier proklamiert wird, ist nichts anderes als der wirtschaftliche Terrorismus in der schärfsten Form. Das offizielle Organ des Bundes der Landwirte ruft seinen Mitgliedern zu: „Meidet die Geschäftsleute, die den Bund der Landwirte bekämpfen, löst alle geschäftlichen Beziehungen zu Mitgliedern gegnerischer Organisationen!“ Von da bis zur Boykottierung von Geschäftsleuten, die sich weigern, dem Bunde der Landwirte beizutreten, ist nur noch ein kleiner Schritt, und auch der ist schon längst gemacht worden, wie aus der Erklärung des Hansabundes hervorgeht, in der es heißt:

„Bei der Auslegung des § 826 B. G. B. exemplifizieren zahlreiche Kommentare zum bürgerlichen Recht auf den Fall, daß ein Agitator des Bundes der Landwirte die Bevölkerung eines ländlichen Bezirkes zum Boykott einer Gastwirtschaft auf-forderung, deren Besitzer dem Bunde beizutreten sich weigerte.“

Als die Berliner Genossen bei der letzten Landtagswahl berechnigte und unermessliche Notwehr gegen den schamlosen Terrorismus des öffentlichen Massenwahlrechts übten, mit dem Erfolg, daß das ganze korrupte System der öffentlichen Abstimmung über den Haufen gerannt wurde, wie groß war da das „moralische“ Entsetzen der biedern Herren von der Rechten! Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung trugte damals das schöne Wort vom „sozialen Kannibalismus“ der Sozialdemokratie. Vielleicht nimmt das Regierungsbüro, das sich neulich so bitter über Stoffmangel beklagte, die Gelegenheit wahr, jetzt mit mehr Berechtigung gegen das Kannibalentum der agrarkonservativen Großgrundbesitzer aufzutreten? Sie werden sich wohl hüten, die Herren Scheinräte und Beihmann-Offiziere! Denn sie sind mit allen Wässern gewaschen und wohlbewandert in der edlen Kunst, Wästen zu seigen und Ramele zu schlachten!

st
A
mm.
icke.
3.
ies
ert.
erk.
traut
bel.
te 8.
dhan
dner mit
schlich einer
wunderung
len.
mit 200
qualitativ
bel
del
ganzig. In
empfangen.
he 3 u 10
st
allsonst.
schreiben!
niriert in den
Hauseberg
chtung!
aul
äum!
en Stern
ng.
die Wirt
be 10.
ereiter
Neut
amtsant
nzert.
achen.
Dachsel
-otto
elbe.
Welter
Weber.